

Gewaltfreie Alternativen zu Krieg und Rüstung

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die sicherheitspolitische Situation in Europa grundlegend verändert. Die Überzeugung, dass Russland keinen Krieg riskieren würde, hat sich als Täuschung herausgestellt. Pazifistische Positionen werden – wie in jedem Krieg – zwischen „naiv“ und „Verrat“ eingeordnet. Bei den Rüstungsausgaben und Waffenlieferungen gab es einen Dammbbruch nicht nur hier in Deutschland. „Abschreckung“ ist das Gebot der Stunde. In den kriegsführenden Ländern werden diejenigen, die nicht kämpfen wollen, verfolgt; viele verstecken sich oder versuchen, außer Landes zu fliehen. In diesem Infoblatt möchten wir ein paar Gedanken und Argumente für gewaltfreie Optionen vorstellen.

Gewaltfreier Widerstand / Soziale Verteidigung als Option für die Ukraine und ganz Europa

Soziale Verteidigung wäre eine Alternative für die Ukraine gewesen. Die Berichte von immer wieder auftretendem spontanen zivilen Widerstand gegen die russischen Truppen (Menschen, die Panzer blockieren, Bürgermeister*innen in besetzten Orten, die die Kooperation verweigern) zeigen das Potenzial gewaltfreien Widerstands in der Ukraine. Ein Übergang zu Sozialer Verteidigung wäre auch dann eine Möglichkeit, falls es nicht zu einem Verhandlungsfrieden kommen und Russland sich in diesem Krieg doch militärisch durchsetzen sollte. Sie könnte Russland eine Beherrschung der Ukraine schwer machen. Mehrere Bedingungen, die die Forschung über Zivilen Widerstand / Soziale Verteidigung als wichtig für dessen Erfolg ansieht, sind in der Ukraine gegeben.

1. Eine Erfolgsbedingung von Sozialer Verteidigung ist die Möglichkeit, die gegnerischen Soldat*innen direkt anzusprechen. Das ist leicht möglich; die meisten Ukrainer*innen sprechen russisch.
2. Gemeinsamkeiten finden: Viele Menschen haben biografische und familiäre Bindungen zu beiden Ländern (Arbeits- und Studienaufenthalte, gemischte Familien). Das sollte es leicht machen, die Dämonisierung der Ukraine durch die russische Propaganda zu unterlaufen.
3. Die Ukraine hat Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand, an die angeknüpft werden kann: die „Orangene Revolution“ von 2004, die erfolgreich Wahlbetrug bei einer Präsidentschaftswahl verhinderte, und der "Euromaidan" 2014.
4. Kriegsziele des Gegners, die eine Kooperation der Bevölkerung des angegriffenen Landes erfordern, was Ansatzpunkte für Widerstand bietet.
5. Internationale Unterstützung: Sie ist auf jeden Fall gegeben.
6. Unterstützung im angreifenden Land: Trotz der Nachrichtenblockade, die die russische Regierung versucht zu verhängen, erfahren immer mehr Menschen die Wahrheit über den Krieg in der Ukraine.

Soziale Verteidigung ist ebenso eine Alternative für die anderen europäischen Staaten, die einen Angriff Russlands fürchten. Litauen hat im Rahmen seiner Landesverteidigung auch „Formen und Grundsätze des zivilen Widerstands“ integriert. Um das Leben der Zivilbevölkerung insbesondere in Städten besser schützen zu können, muss ein Wechsel von militärischer Verteidigung zu zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung möglich sein. Die Fähigkeit zu Sozialer Verteidigung sollte nicht nur in Litauen und den anderen osteuropäischen Ländern, sondern auch in Deutschland vorbereitet werden.

100 Milliarden Euro für Aufrüstung?

Die Bundesregierung will 100 Milliarden Euro als Sondervermögen für Investitionen und Rüstungsvorhaben mit dem Haushalt 2022 zur Verfügung stellen. Bundeskanzler Scholz kündigte dies am 27.2. im Bundestag an und sagte gleichzeitig, Deutschland werde „von nun an - Jahr für Jahr - mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren“.

Schon vor dem Krieg in der Ukraine sind verschiedene neue Rüstungsvorhaben, zumeist auf europäischer Ebene, geplant worden. Es ist anzunehmen, dass ein Großteil dieser Mittel in sie fließen soll:

- Der Future Combat Air System, FCAS, ein System aus Kampfflugzeug, Drohnen und viel IT. Seine Entwicklungskosten liegen bei 100 Milliarden, Gesamtkosten geschätzt 500 Milliarden.
- Eurodrohne: Zusammen mit Frankreich, Italien und Spanien entwickelt Deutschland eine bewaffnungsfähige Drohne. Sie soll 2029 fertig sein.
- Bereits 2020 geplant wurde der Kauf von 38 Kampfflugzeugen vom Typ Eurofighter. Jetzt wurde beschlossen, als Nachfolger für die vor vierzig Jahren eingeführte Tornados, 35 atomwaffenfähige Tarnkappenbomber F-35 in den USA sowie weitere 15 Eurofighter speziell für den elektronischen Luftkampf zu kaufen. Die Gesamtkosten sind nicht genau bekannt; die Schweiz zahlte für 36 Stück der F-35 umgerechnet rund 5,8 Milliarden Euro. Die F-35 ermöglichen auch die nukleare Teilhabe Deutschlands an den US-Atombomben.

Was könnte man mit dem Geld stattdessen machen?

100 Milliarden (Dollar) pro Jahr wurde den Ländern des globalen Südens 2020 versprochen, um ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Auf dem Klimagipfel in Glasgow 2021 wurde klar: Diese Summe ist nicht zustande gekommen.

Nach einer Berechnung des IFO-Instituts werden die Mehrkosten für die Energiewende bis 2050 je nach Randbedingungen zwischen 500 Milliarden Euro und mehr als 3000 Milliarden Euro liegen.

Mit 100 Milliarden Euro könnten 5 Milliarden Dosen Impfstoff gegen Corona gekauft werden, wenn man 20 Euro pro Dosis zugrunde legt.

690 Millionen Menschen auf der Welt hungern, lt. UN Welternährungsprogramm. Ihm fehlen dieses Jahr 8 Milliarden, um die steigende Nachfrage nach Nahrungsmittelhilfe in der ganzen Welt zu decken.

Organisationen und Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung, z.B.: der Zivile Friedensdienst, Nonviolent Peaceforce, usw., könnten mit mehr Geld viel zur Konfliktbearbeitung und den Schutz von Zivilbevölkerung in aller Welt leisten. Mit 100 Milliarden Euro finanziert, ließen sich 200 Projekte mit jeweils 500 Zivilen Peacekeeper*innen für zehn Jahre finanzieren.

Eine neue Friedensordnung schaffen

Wir sollten schon jetzt beginnen, darüber nachzudenken, was nach dem Krieg sein wird. Es zeichnet sich die Gefahr einer neuen Blockbildung ab, mit Russland und China auf der einen und den NATO-Staaten mit den USA und Europa auf der anderen. Die Länder des globalen Südens beginnen schon jetzt, sich der einen oder anderen Seite zuzuordnen. Die USA haben schon seit längerem China als möglichen Hauptgegner im Visier und verstärken, zusammen mit Japan, Australien und Südkorea, ihre Rüstungsanstrengungen im Ostpazifik.

Wir brauchen eine Initiative für eine neue Friedensordnung. Nicht nur in Europa, sondern weltweit. Die Vereinten Nationen könnten hierfür den Rahmen abgeben. Es braucht **Friedenskonferenzen auf weltweiter Ebene**, unter Einbeziehung der internationalen Zivilgesellschaft.

Kriegsflüchtlingen helfen – allen!

Die Welle der Hilfsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete ist riesengroß. Zu Recht. Aber wie mag sich das als Bürger*in des Jemens, Syriens, Äthiopiens, der DR Kongo, Afghanistans (usw.) anfühlen? Sie leiden teilweise seit Jahrzehnten unter Krieg, Zerstörung und Vertreibung. Über den Krieg in der Ukraine dürfen diese Kriege und Konflikte nicht in Vergessenheit geraten.

Polen, Ungarn und die anderen osteuropäischen EU-Mitglieder nehmen Ukrainer*innen, die vor dem Krieg fliehen, auf. Aber Kriegsflüchtlinge aus den arabischen Ländern wurden und werden mit Grenzzaun und Truppen abgewehrt. Wir fordern, dass **alle Geflüchtete**, unabhängig davon, wo sie her kommen und vor wem sie fliehen, unterstützt werden und Aufnahme finden.

Und was war da mit dem Klimawandel?

Der Krieg gegen die Ukraine hat die Abhängigkeit von Erdgas und Öl in ganz neuem Maßstab zu Bewusstsein gebracht. Viele Menschen stellen jetzt die Forderung, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien viel schneller gehen muss. Wir sehen aber auch Tendenzen, eine Verlängerung der Laufzeit von Kohlekraftwerken, Fracking oder sogar die Rückkehr zur Atomenergie zu fordern. Das darf nicht sein. Denn gerade der Ukrainekrieg führt deutlich vor Augen, wie gefährlich Atomkraftwerke in Kriegssituationen sind.

Ebenso sollte nicht in Vergessenheit geraten, welche Umweltverschmutzung und -zerstörung Militär auch außerhalb von Kriegen verursacht. Nach der Atomenergie verlangt jetzt auch die Rüstungsindustrie, dass ihre Produkte als „nachhaltig“ eingestuft werden. **Dem müssen wir einen Riegel vorschieben!**